

Organisationsreform der kommunalen Gesundheitsverwaltung

Wege aus der Zwickmühle

Angespannte kommunale Finanzen und ein neues Rollenverständnis des öffentlichen Gesundheitsdienstes erfordern weitreichende organisatorische Reformen in der gesamten Gesundheitsverwaltung. Andernfalls wird sich der Trend zum Rückzug der Gebietskörperschaften aus ihrer gesundheitspolitischen Verantwortung fortsetzen.



Eine moderne Gesundheitsverwaltung steuert und koordiniert die Versorgung vor Ort

Die kommunale Gesundheitsverwaltung befindet sich in einer Zwickmühle. Einerseits gilt sie vielen als wenig leistungsfähig und muss infolge kommunaler Sparzwänge mit immer weniger Mitteln auskommen. Andererseits ent-

spricht es ihrem modernisierten Leitbild, bei der bevölkerungsbezogenen Gesundheitsvorsorge eine aktive Rolle einzunehmen.

Gemäß den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung sind die Kommunen aufgerufen, Lebensumfeld und -bedingungen ihrer Bürger durch eine wirksame Politik gesünder zu gestalten.⁵ Dies erfordert nicht nur die Verbesserung der politischen Steuerung und der verwaltungsinternen Prozesse mit dem Ziel einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Genauso wichtig ist, dass die kommunale Gesundheitsverwaltung tragfähige sektorenübergreifende Arbeitsbeziehungen mit anderen im Bereich der Gesundheit relevanten Institutionen und Akteuren aufbaut. Beispielhaft genannt seien niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser, Krankenkassen und freie Träger sowie Kindergärten, Schulen und bürgerchaftliche Initiativen.

Zusammenarbeit mit Partnern

Das Prinzip sozialstaatlicher Subsidiarität gebietet den Kommunen, ihr Angebot an unmittelbaren Gesundheitsleistungen weitgehend zu beschränken und überall dort, wo es möglich ist, auf andere zu übertragen. Gleichzeitig bilden kommunale Lebensräume wesentliche Umsetzungsebenen für die interdisziplinären

⁵ <http://www.dngfk.de/html/gdoks/ottawa-charta.htm>

Handlungsfelder Gesundheitsförderung und Primärprävention. Interventionen im Stadtteil, in der Schule oder im Freizeitbereich versprechen dann den größten Erfolg, wenn die Kräfte von verschiedenen Partnern gebündelt und auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet werden.

Neben der bloßen Kooperation in Versorgungsfragen bestimmen daher Planung, Steuerung und Koordination zunehmend das Profil eines modernen öffentlichen Gesundheitsdienstes. Um jedoch eine bedarfsgerechte, effektive und effiziente kommunale Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können, bedarf es nicht nur professioneller Managementsysteme. Auch die Organisation der Gesundheitsverwaltung muss an ihre veränderten Aufgaben angepasst werden.

Das Kompetenzzentrum Kommunen und Regionen und das Themenfeld Gesundheit der Bertelsmann Stiftung begleiten derzeit die Hansestadt Bremen bei der Erarbeitung eines neuen Organisationskonzeptes für eine moderne Gesundheitsfachverwaltung, die von ihrem Selbstverständnis her bereit ist, innerhalb des politisch gesetzten Rahmens weitgehend autonom und eigenverantwortlich zu agieren. Ziel ist die Zusammenführung von strategischer und operativer Verantwortung auf einer Verwaltungsebene. Dazu gehört auch eine zukunftsorientierte Neupositionierung der Gesundheitsverwaltung zwischen der Politik einerseits und dem Versorgungssystem sowie der Bürgerschaft andererseits.

Neben der Reform der internen Aufgaben- und Organisationsstruktur liegt ein Schwerpunkt des Projekts bei der anforderungsgerechten Neudefinition des Verhältnisses zwischen Gesundheitsverwaltung und politisch verant-



wortlicher Ressortspitze. Als Ergebnis wird eine Organisation angestrebt, die sich neben der Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben über marktfähige Produkte und Dienstleistungen als aktiver Player im kommunalen Versorgungsmanagement etabliert.

Die Organisation der Gesundheitsverwaltung muss an ihre veränderten Aufgaben angepasst werden

Ansprechpartner

Uwe Schwenk
Projektmanager
05241 81-81418
uwe.schwenk@bertelsmann.de